

# Murat Arslan: »Dieser Prozess ist ein Rachezug gegen YARSAV«

Bericht über den ersten Hauptverhandlungstag im Strafverfahren gegen den Vorsitzenden der verbotenen, türkischen Richter- und Staatsanwaltsvereinigung YARSAV

von Ingrid Heinlein



Ingrid Heinlein ist Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht Düsseldorf a.D.

Murat Arslan begann seine berufliche Laufbahn am türkischen Rechnungshof. Von dort wechselte er im Jahr 2005 als Berichterstatter zum Verfassungsgericht. In der 2006 gegründeten Richter- und Staatsanwaltsvereinigung YARSAV war er zunächst als Mitglied des Vorstands aktiv, wurde dann Vizepräsident und schließlich 2011 zum Präsidenten gewählt. Mehrfach wiedergewählt, blieb er deren Vorsitzender, bis YARSAV nach dem Putschversuch vom 15.07.2016 durch Notstandsdekret verboten wurde. Bereits 2015 wurde Murat Arslan an den Rechnungshof zurückversetzt. Nach dem Putschversuch wurde er entlassen und am 19.10.2016 in Untersuchungshaft genommen.

Murat Arslan ist 1974 geboren, verheiratet und hat zwei Kinder. Am 09.10.2017 wurde er von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mit dem Václav-Havel-Preis geehrt.

Murat Arslan ist angeklagt, ein aktives Mitglied der FETÖ/PDY gewesen zu sein. »FETÖ« steht für »Fethullah Terrororganisation«, »PDY« für »Parallele Staatsstruktur« (»Paralel devlet yapilamasi«). Es handelt sich um die Organisation des islamischen Predigers Fethullah Gülen, der seit 1999 in den USA lebt.

Am 2. November begann die Hauptverhandlung vor einer Strafkammer in Ankara (25. Agir Leza Mahkemesi). Ich habe an der Verhandlung für die Neue Richtervereinigung und MEDEL (magistrats européens pour la démocratie et les libertés) teilgenommen. Als weiterer ausländischer Prozessbeobachter war ein Kollege von der holländischen Richterorganisation »Rechtters voor Rechtters« nach Ankara gereist.

Einige EU-Länder, unter ihnen Deutschland, beschränken sich nicht darauf,

durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ihrer Botschaften und Generalkonsulate Strafverhandlungen gegen in der Türkei angeklagte eigene Staatsangehörige zu beobachten, sondern nehmen auch an ausgewählten Strafverhandlungen gegen türkische Staatsangehörige teil. Sie verständigen sich über das jeweils von einem Land zu beobachtende Verfahren und unterrichten sich gegenseitig. In diesem Rahmen hat die deutsche Botschaft die Beobachtung des Strafverfahrens im Fall Murat Arslan übernommen und war durch eine Mitarbeiterin in Begleitung einer Dolmetscherin in der Verhandlung präsent.

In der mehr als 200 Seiten langen Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft in Ankara wird zum überwiegenden Teil dargelegt, bei der FETÖ/PDY habe es sich um eine terroristische Organisation gehandelt, deren Ziel die Unterwanderung

der staatlichen Institutionen, darunter der Justiz, gewesen sei<sup>1</sup>. Dies wird während der Verhandlung vor der aus drei Berufsrichtern bestehenden Strafkammer von den Prozessbeteiligten nicht weiter thematisiert. Deren Äußerungen, Stellungnahmen und Fragen konzentrieren sich vielmehr auf die Rolle von YARSAV, deren etwaige Unterwanderung durch die FETÖ/PDY, ob Murat Arslan Mitglied der FETÖ/PDY war, und ob er über YARSAV an einer Unterwanderung der Justiz mitgewirkt hat.

Verteidigt wurde er durch Frau Prof. Öykü Didem Aydın, die durch eine Co-Verteidigerin und einen Co-Verteidiger unterstützt wurde. Sie kamen ausführlich zu Wort und konnten sich umfassend mit der Anklageschrift auseinandersetzen und Anträge stellen. Der Staatsanwalt gab nur wenige Erklärungen ab. Der Vorsitzende des Gerichts leitete die Verhandlung sachlich und ruhig. Wenngleich positiv zu vermerken ist, dass die Verhandlungsführung korrekt war, ist andererseits Skepsis angebracht, ob Murat Arslan insgesamt ein faires Verfahren vor einem unabhängigen Gericht erwarten kann. Wie noch zu zeigen sein wird, sind einige Entscheidungen des Gerichts sehr kritisch zu bewerten.

Die Anklage gegen Murat Arslan ist wie viele andere Strafprozesse in der Türkei nur vor dem Hintergrund der Machtkämpfe verständlich, die in den vergangenen Jahren zwischen Ministerpräsident bzw. Staatspräsident Erdogan und seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), dem kemalistischen Militär sowie Fethullah Gülen und seiner Bewegung stattgefunden haben. Zu einem wesentlichen Teil bezogen sie sich darauf, wer die Kontrolle über die Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Polizei erlangt. Im Folgenden soll hierüber ein kurzer Überblick gegeben werden.

### Von der Entmachtung des Militärs bis zur Entmachtung Gülen's

Als der Aufstieg Recep Tayyip Erdogans zum mächtigsten Politiker in der Türkei begann, war nach der im Jahre 1982, während der Militärdiktatur unter General Kanan Evren verabschiedeten Verfassung eine laizistische Staatsordnung mit



Murat Arslan

Foto: Christoph Strecker

weitreichenden Befugnissen des Militärs festgeschrieben. U.a. hatte ein vom Generalstabschef bestimmter Nationaler Sicherheitsrat die Möglichkeit, Parteien zu verbieten. Nachdem Erdogan mit seiner 2001 gegründeten AKP bei vorgezogenen Neuwahlen am 04.11.2002 einen Erdrutschsieg errungen hatte, unternahm er es mit Hilfe der Gülen-Bewegung, den Einfluss des Militärs schrittweise zurückzudrängen<sup>2</sup>.

Mohammed Fethullah Gülen lebte zu dieser Zeit bereits in den USA. Als Prediger mit staatlicher Lizenz erlangte er ab den 60er Jahren mit Predigten, der Gründung von Wohngemeinschaften für Studenten, Nachhilfe-Instituten, Schulen zur Vermittlung islamischer Bildung, aber auch Medienunternehmen, zunehmend politischen Einfluss. 1999 wurde sein Aufstieg jäh gestoppt, als eine heimlich aufgenommene Rede von einem türkischen Fernsehsender ausgestrahlt wurde. Aus der stark geschnittenen Fassung ging hervor, dass Gülen erklärt hatte, die Mitglieder seiner Bewegung sollten sich nicht mit Ämtern wie denen der Richter oder Landräte begnügen, sondern versuchen, die höheren Organe des Staates zu erreichen, ohne sich bemerkbar zu machen<sup>3</sup>. Um seiner Verhaftung zu entgehen, kam er von einem USA-Aufenthalt nicht mehr zurück. Von dort aus baute er seine Bewegung nun auch international aus. Er unterstützte, vor allem mit der Zeitung »Zaman«, den Wahlkampf Erdogans 2002

und in späteren Jahren. Gleichsam im Gegenzug konnte Gülen seine Bewegung in der Türkei ausbauen<sup>4</sup>.

Die Schwächung des Militärs geschah teilweise mit rechtmäßigen Mitteln, so z.B. durch eine Verfassungsänderung im Jahr 2010, durch die die Kompetenzen des Nationalen Sicherheitsrats zugunsten des Parlaments und der Regierung beschnitten wurden<sup>5</sup>, teilweise aber auch mit rechtswidrigen und kriminellen Methoden. Ein Beispiel ist der Ergenekon-Prozess, in dem nach zweijähriger Verfahrensdauer im Jahr 2013 Hunderte von Offizieren, Journalisten und Geschäftsleuten wegen eines angeblichen Putschversuches gegen Erdogan zu lebenslanger oder langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt wurden. Die Anklage hatten mutmaßlich der Gülen-Bewegung nahestehende Staatsanwälte erhoben. Inzwischen wurde das Urteil vom türkischen Kassationsgerichtshof für nichtig erklärt<sup>6</sup>.

2013 war auch das Jahr, in dem es zum Bruch zwischen Erdogan und Gülen kam. Als Journalisten der Zeitung »Zaman« Erdogans gewaltsames Vorgehen gegen die Protestdemonstrationen im Gezi-Park kritisierten, kündigte Erdogan an, er werde Tausende von Gülen-Schulen schließen. Im Dezember wurden zahlreiche Personen aus dem Umfeld Erdogans wegen des Verdachts illegaler Geschäfte und der Zahlung von Schmiergeldern verhaftet, unter ihnen Erdogans eigener Sohn und

die Söhne dreier Minister. Daraufhin beschuldigte Erdogan Gülen und seine Bewegung, sie hätten die Justiz und die Polizei unterwandert und planten einen Putsch gegen seine rechtmäßige Regierung. Dies war der Auftakt für eine erste Welle von Entlassungen und Strafversetzungen in der Justiz und Polizei<sup>7</sup>. Zugleich unternahm es die Regierung, den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte (HSYK) unter ihre Kontrolle zu bringen<sup>8</sup>.

### YARSAV – ein verdecktes Werkzeug der FETÖ/PDY?

YARSAV kritisierte diese Maßnahmen scharf, auch außerhalb der Türkei. So erklärten Murat Arslan und der damalige Vizepräsident von YARSAV, Mehmet Tank, in einem englischsprachigen Artikel vom 20.04.2014, die Justiz solle mit Hilfe der Parlamentsmehrheit unter die Kontrolle der Exekutive gebracht werden, um weitere Untersuchungen der Korruptionsskandale zu beeinflussen und sie zu vertuschen<sup>9</sup>.

---

Bild einer  
klandestinen  
Terrororganisation

---

Dass YARSAV schon lange vor dem Putschversuch vom 15.07.2016 eine oppositionelle Haltung zur Rechts- und Justizpolitik der türkischen Regierung eingenommen und sich frühzeitig gegen die Gleichschaltung der Justiz durch die Regierung gewehrt habe, hob Murat Arslan in seiner persönlichen Anhörung vor der Strafkammer gleich zu Beginn der Verhandlung hervor. Nur deshalb stehe er vor Gericht. Weil sich YARSAV für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eingesetzt habe, führe der Staat nun einen Rachezug gegen YARSAV. Darüber hinaus erklärten er und die Verteidigung, YARSAV habe nicht nur die Regierung kritisiert, sondern auch schon früh vor der Unterwanderung staatlicher Institutionen, gerade auch der Justiz, durch FETÖ/PDY gewarnt. Um dies zu belegen, legte die Verteidigung dem Gericht eine Reihe von Presseartikeln und anderen Dokumenten aus den Jahren 2008 bis 2015 vor.

Demgegenüber geht die Anklageschrift auf die öffentliche Positionierung von

YARSAV zur Justizpolitik der Regierung und zur Gülen-Bewegung nicht ein, und auch in der Verhandlung hat sich der Staatsanwalt dazu nicht geäußert. Die Anklage behauptet, Fethullah Gülen selbst habe seine Anhänger innerhalb der Justiz aufgefordert, YARSAV zu infiltrieren und zu übernehmen. Etwa 300–400 Mitglieder der FETÖ/PDY, unter ihnen Murat Arslan, hätten über YARSAV (bei insgesamt mehr als 1500 Mitgliedern) operiert. Ihr Ziel sei es gewesen, bei den Wahlen zum HSYK in den Jahren 2010 und 2014 eigene Leute in wichtige Positionen durch rechtswidrige Methoden einzuschleusen. Dabei hätten sich die Gülen-Anhänger durch die Mitgliedschaft bei YARSAV einen sozialdemokratischen Anschein gegeben und so verdeckt gehalten.

Mit dieser Argumentation erspart sich die Generalstaatsanwaltschaft auf die öffentlichen Äußerungen von YARSAV zur Regierungspolitik und zur Gülen-Bewegung einzugehen. Sie passt vielmehr zu dem von ihr gezeichneten Bild einer klandestinen, auch innerhalb von YARSAV verdeckt operierenden Terrororganisation.

Was von dieser Staatsanwaltschaft zu erwarten ist, zeigt sich besonders daran, dass sie sich nicht darauf beschränkt hat, die Tatsachen aus ihrer Sicht vorzutragen und Beweise anzuführen, sondern dass sie die Persönlichkeit Murat Arslans herabwürdigt und diskreditiert. Er sei tagsüber ein Mensch, nachts ein Wolf gewesen, so heißt es in der Anklageschrift, ein Offizier, der alles tue, damit der Staatsfeind siegreich sei, ein desertierender Soldat und Staatsverräter, ein gekaufter Fußballspieler, der ohne Respekt vor den Mühen seiner Mannschaftskollegen und der Fans insgesamt gegen sie arbeite und auf ihre Niederlage setze.

### Kommunikationsplattform ByLock

Eine große Rolle in den Prozessen gegen wirkliche oder vermeintliche Anhänger von Fethullah Gülen spielt die Kommunikationsplattform ByLock. Über sie sollen die Mitglieder der FETÖ/PDF kommuniziert haben. In der Anklageschrift wird behauptet, Murat Arslan habe ByLock vom 27.08.2014 bis 20.02.2015 über sein Mobiltelefon genutzt. Das ehema-

lige YARSAV-Vorstandsmitglied Kazim Uslu, das ebenfalls der Mitgliedschaft in der FETÖ/PDY beschuldigt wird, soll bei Vernehmungen ausgesagt haben, Murat Arslan habe über ByLock Kontakte zu in-

---

Persönlichkeit Murat Arslans  
diskreditiert und  
herabgewürdigt

---

der Justiz und innerhalb von YARSAV aktiven Gülen-Anhängern gehabt. Demgegenüber hat Murat Arslan auf Befragen des Vorsitzenden in der Verhandlung erklärt, er habe ByLock nie genutzt.



Verteidigerin Öykü Didem Aydın

Außerdem hat die Generalstaatsanwaltschaft mit der Anklageschrift ein Gutachten des türkischen Geheimdienstes MIT über die Funktionsweise und Nutzung von ByLock vorgelegt, das aus einer Reihe von Umständen den Schluss herleitet, nur FETÖ-Anhänger hätten ByLock genutzt. Nach einem Gutachten des niederländischen Instituts FOX IT, das die Verteidigung im Verfahren vorgelegt hat, weist das Gutachten des Geheimdienstes jedoch zahlreiche Mängel auf<sup>10</sup>. Im Einzelnen wird im Gutachten von FOX IT dargestellt, dass das methodische Vorgehen des MIT in vielen Bereichen intransparent ist und darüber hinaus zahlreiche Einzelergebnisse unrichtig sind.

Mit den darin aufgeworfenen Fragen setzte sich die Co-Verteidigerin in der Verhandlung ausführlich auseinander. Danach wurden sie an diesem Verhandlungstag nicht weiter erörtert, wie auch der Nutzung von ByLock durch Murat Arslan nicht weiter nachgegangen wurde. Jedoch ist damit zu rechnen, dass sich das Gericht um eine weitere Aufklärung bemühen

wird, da einem Antrag der Verteidigung, eine Auskunft bei der Telekommunikationsbehörde einzuholen, entsprochen wurde. Noch nicht entschieden hat das Gericht dagegen über einen Antrag der Verteidigung, ein unabhängiges Sachverständigengutachten über die Qualität des Gutachtens des Geheimdienstes einzuholen.

### Fragwürdige vorgerichtliche Vernehmung inhaftierter Zeugen und eine anonyme Zeugenaussage

Laut Anklageschrift soll die behauptete Unterwanderung der Justiz durch FETÖ/PDY-Anhänger innerhalb von YARSAV, an ihrer Spitze Murat Arslan, bei den Wahlen zum HSYK in den Jahren 2010 und 2014 stattgefunden haben. Bei diesen Wahlen soll Murat Arslan ein einheitliches Abstimmungsverhalten organisiert haben. Zum Beweis hat die Generalstaatsanwaltschaft den Zeugen Ibrahim Okur benannt, der Präsident der 1. Kammer des

---

Zeuge: Arslan war nie Mitglied von FETÖ/PDY

---

HSYK war<sup>11</sup> und auch der Mitgliedschaft in der FETÖ/PDY beschuldigt wird. Er soll bei vorgerichtlichen Vernehmungen ausgesagt haben, er habe sich bei der Wahl zum HSYK im Jahr 2010 mit Murat Arslan getroffen. Dabei habe ihm dieser mitgeteilt, etwa 300–400 YARSAV-Mitglieder würden ihn bei den Wahlen unterstützen. Daraus habe er geschlossen, dass Murat Arslan FETÖ-PDY-Mitglied sei. Dieser Zeuge befindet sich in Haft und wurde nach der Stellungnahme der Verteidigung zur Anklage per Videoübertragung vernommen.

In seiner gerichtlichen Aussage bestätigte er nicht, was er angeblich zuvor ausgesagt hatte. Er betonte, er habe nie ausgesagt, dass Murat Arslan Mitglied der FETÖ/PDY gewesen sei oder Verbindung zu ihr gehabt habe. Tatsächlich treffe dies auch nicht zu. Es könne lediglich sein, dass andere Personen, an deren Namen er sich nicht erinnere, behauptet hätten, Murat Arslan sei FETÖ/PDY-Mitglied. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, in früheren Vernehmungen habe er anders ausgesagt,



Das Gerichtsgebäude in Ankara

Foto: Ingrid Heinlein

erklärte er, es könne nach den vielen und langandauernden Vernehmungen durch die Staatsanwaltschaft wohl zu Ungenauigkeiten oder Fehlern in der Protokollierung gekommen sein. Auch habe er nicht immer die Möglichkeit gehabt, die ihm zur Unterschrift vorgelegten Vernehmungsprotokolle gründlich durchzulesen. Es stimme lediglich, dass er sich im Jahr 2010 aus irgendeinem Grund mit Murat Arslan im Justizministerium getroffen habe.

Ein weiterer Zeuge, Birol Erdem, der zur Zeit der Wahl zum HSYK im Jahr 2010 Personalleiter im Justizministerium und in der Folge Staatssekretär gewesen ist<sup>12</sup>, soll laut Anklageschrift bei vorgerichtlichen Vernehmungen ausgesagt haben, manche YARSAV-Mitglieder hätten ihn vor der Wahl zum HSYK im Jahr 2010 manipulieren wollen. Auf Vermittlung eines FETÖ/PDY-Mitglieds habe er sich mit Murat Arslan getroffen. Deshalb sei er davon ausgegangen, dass auch Murat Arslan zur FETÖ/PDY gehöre. Birol Erdem war zur Verhandlung geladen, erschien aber nicht und soll nun zum nächsten Verhandlungstermin vorgeführt werden. Auch er war nach dem Putschversuch vom 15.07.2016 verhaftet und wurde in der Untersuchungshaft vernommen. Danach wurde er freigelassen.

Der Vorsitzende des Gerichts befragte Murat Arslan noch, ob YARSAV das Mitglied der FETÖ/PDY Levent Ünsal, der laut Anklageschrift bei den Wahlen zum HSYK 5.143 Stimmen erhalten hat, während andere Bewerber auf weniger als

1.500 Stimmen kamen, unterstützt habe. Dazu entgegnete Murat Arslan, das Gerücht über dessen Zugehörigkeit zur FETÖ/PDY sei erst nach der Wahl aufgekomen.

Erst später erfahre ich, dass zwei weitere Zeugen in Kahramanmaraş bzw. Konya ohne Hinzuziehung der Verteidigung durch mit der Vernehmung beauftragte Richter vernommen wurden, und dass

---

Die Beschuldigungen der Generalstaatsanwaltschaft sind vage

---

bei einem dieser Zeugen dessen Identität nicht bekanntgegeben wird. Die Verteidigung erhob in der Verhandlung Einwendungen gegen dieses Verfahren und beantragte, ihr zu gestatten, die Zeugen ins Kreuzverhör zu nehmen. Hinsichtlich des Zeugen mit dem Decknamen Defne entschied das Gericht, die Verteidigung dürfe ihm schriftliche Fragen über das Gericht stellen. Hinsichtlich des weiteren Zeugen ist über den Antrag noch nicht entschieden. Beide Aussagen wurden während der Verhandlung nicht verlesen, so dass über deren Inhalt nichts berichtet werden kann.

In der Verhandlung wurden auch eine Zeugin und ein Zeuge der Verteidigung vernommen. Die Verteidigung hatte die ehemalige Generalsekretärin von YARSAV, Leyla Köksal, und drei weitere Richter zur Verhandlung gestellt und beantragte ihre Vernehmung. Das Gericht lehnte die Vernehmung von zwei Zeugen ab und ver-

nahm nur die Kollegin Leyla Köksal und den Kollegen Mustafa Karadag. Beide sagten aus, dass Murat Arslan nichts mit der FETÖ/PDY zu tun gehabt habe.

### Fortsetzung der Hauptverhandlung am 18.12.2017

Der erste Verhandlungstag hat somit nichts ergeben, was die weitere Untersuchungshaft von Murat Arslan rechtfertigen könnte. Die Beschuldigungen der Generalstaatsanwaltschaft, die Gegenstand der Verhandlung waren, sind vage. Zudem hat der Zeuge Ibrahim Okur schon nach seiner vorgerichtlichen Aussage lediglich aus bestimmten Umständen geschlossen, dass Murat Arslan der FETÖ/PDY angehöre. Diese Aussage wurde bei der gerichtlichen Vernehmung nicht aufrechterhalten. Auch nach der in der Anklageschrift wiedergegebenen Aussage des Zeugen Birol Erdem hat dieser nur aus bestimmten Umständen geschlossen, dass Murat Arslan Mitglied der FETÖ/PDY sei. Darüber hinaus ist die Glaubwürdigkeit der vorgerichtlichen Aussagen zweifelhaft, weil die Zeugen unter dem Druck der Untersuchungshaft und der gegen sie selbst erhobenen Beschuldigungen standen. Verteidiger haben berichtet, ihren Mandanten sei Strafnachlass angeboten worden, wenn sie andere Personen belasten.

Trotz des für Murat Arslan positiven Ergebnisses des ersten Verhandlungstags wurde dem Antrag seiner Verteidigung, ihn aus der Untersuchungshaft zu entlassen, nicht stattgegeben. Besorgniserregend ist auch, dass das Gericht der Verteidigung lediglich gestattet hat, dem Zeugen mit dem Decknamen Defne schriftliche Fragen zu stellen. Dadurch werden die Verteidigerrechte nicht gewahrt. Das türkische Strafprozessrecht lässt zwar die Vernehmung von »geheimen Zeugen« zu, wenn sie bei Aufdeckung ihrer Identität gefährdet sind<sup>13</sup>. Ihre Anonymität kann aber auch bei einer mündlichen Befragung durch die Verteidigung gewahrt werden, z.B. durch räumliche Trennung. Die Hauptverhandlung wurde auf den 18. Dezember 2017 vertagt, um die Beweisaufnahme fortzusetzen. ■

#### Anmerkungen

- 1 Die Erläuterungen zum Inhalt der Anklageschrift stützen sich auf eine Zusammenfassung, die von einem türkischsprachigen Juristen im Auftrag der Neuen Richtervereinigung erstellt wurde.
- 2 Schweizer, Türkei verstehen Von Atatürk bis Erdogan, Stuttgart 2016, S. 358 ff.; Dohm, Die Gülen-Bewegung, Entstehung und Entwicklung eines muslimischen Netzwerkes 24.02.2017, [www.bpb.de/apuz/243031/die-guelen-bewegung-entstehung-und-entwicklung-eines-muslimischen-Netzwerkes?p=all](http://www.bpb.de/apuz/243031/die-guelen-bewegung-entstehung-und-entwicklung-eines-muslimischen-Netzwerkes?p=all).
- 3 Schweizer, a.a.O. S. 407.
- 4 Schweizer, a.a.O. S. 398 ff.; Dohm, a.a.O. S. 3 f.
- 5 Schweizer, a.a.O. S. 409.
- 6 Süddeutsche Zeitung vom 23./24.04.2016.
- 7 Schweizer, a.a.O. S. 409 ff.; Dohm, a.a.O. S. 3 ff.
- 8 Das Europäische Parlament erklärte in einer Resolution vom 10.06.2015 zum Fortschrittsbericht

der EU-Kommission 2014 für die Türkei u.a. seine Besorgnis, dass Gesetze über den HSYK geändert worden seien und zahlreiche Versetzungen und Entlassungen von Richtern, Staatsanwälten und Polizeibeamten stattgefunden hätten. Dies begründe ernsthafte Besorgnisse im Hinblick auf die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Effizienz der Justiz, [www.europarl.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0228+0+DOC+XML+VO//EN](http://www.europarl.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0228+0+DOC+XML+VO//EN).

- 9 Questione Giustitia, [www.magistraturademocratica.it/mdem/qg/doc/turkish\\_judges\\_ok.pdf](http://www.magistraturademocratica.it/mdem/qg/doc/turkish_judges_ok.pdf).
- 10 <https://foxitsecurity.files.wordpress.com/2017/09/bylock-fox-it-expert-witness-report-english.pdf>.
- 11 Lt. Information durch einen türkischen Juristen.
- 12 S. Fn. 11.
- 13 S. Fn. 11.



Das Projekt »Ferien vom Krieg« zeigt seit 1994 exemplarisch, dass es in Kriegsgebieten – trotz Vorurteilen und Hass – neugierige junge Menschen gibt, die der jeweils herrschenden Propaganda nicht mehr trauen und die angeblichen Feinde von Angesicht zu Angesicht kennenlernen wollen.

Die Dialoge sind nicht an Vorbedingungen geknüpft, außer an die Bereitschaft, miteinander zu reden.

[www.ferien-vom-krieg.de](http://www.ferien-vom-krieg.de)

Kontoinhaber: Grundrechtekomitee  
IBAN: DE34 5086 3513 0008 0130 55  
BIC: GENODE51MIC

#### Spendenbescheinigung:

Spenden für das Projekt sind steuerlich absetzbar. Bitte tragen Sie Ihre Adresse unter »Verwendungszweck« ein, Sie erhalten im Januar des darauffolgenden Jahres eine Spendenbescheinigung.